

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions-Zentrale: Reichstr. Dresden.
Dresdener-Gasse Nr. 25/241
Tel. Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung durch die Post bei täglich zweimaliger Verladung monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M. Die einpaltige 37 mm breite Zeile 2,50 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, Spaltigen An- u. Verkäufe 25% „Anzeigenplätze“ laut Tarif. Auswärtige Zusätze gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 40 Pf.

Schreibweise und Satzverhältnisse:
Maschinen- und Kautschukdruck
Blattgröße 38/40.
Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Redaktion nur mit besondrer Anweisung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unrichtige Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

ERNST LANGE
Koffer- und Taschenfabrik
jetzt: Pirnaischer Platz Tel. 19170 und 19600

Königsdiele
Vornehmes Restaurant
14 Kling- 14 Kling- 14 Kling-

Kakao
Deutschmeister
wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Eine Kanzlerrede in Karlsruhe.

„Der Regenhammer der Zerstörungspolitik“

Karlsruhe, 28. Okt. In einer von Tausenden besuchten Versammlung im Großen Saal des Reichstaalpalastes sprach Reichskanzler Dr. Brüning über die Reichspolitik, wobei er insbesondere die oberste politische Frage und die Genfer Entscheidung berührte. Der Reichskanzler sagte dabei u. a.: „Richt nur die Oberste, sondern das gesamte deutsche Volk hätten das Gefühl, daß Obersteleiten verschoben worden sei. Trotzdem dürfte man jetzt keine Politik einer einseitigen Berechnung Obersteleiten betreiben. Aber die Bejahung dieser wichtigen deutschen Produktionskräfte, die als ein Raub vor aller Welt bezeichnet werden müsse, beruht auf dem empfindlichen Punkt die deutsche Produktionsfähigkeit. Die deutsche Volkswirtschaft für die Reparationen sei dadurch wesentlich geschwächt. Der Kanzler wies den Vertrag von Versailles den Regenhammer der europäischen Zerstörungspolitik. Aber er enthält einen Paragraphen, der Deutschland das Recht gebe, seine Leistungsfähigkeit von Zeit zu Zeit nachprüfen zu lassen. Dieser Fall sei hier gegeben. Der Kanzler verlas vor der Versammlung die bekannte Reichserklärung, die die deutsche Regierung an die Völkerkonferenz gerichtet hat, und sagte hinzu, dieses historische Dokument müsse Gemeingut des deutschen Volkes werden.“

Am Schluß seiner häufig durch lärmenden Beifall unterbrochenen Rede besprach der Reichskanzler die durch die Gewalttätigkeit der Entente herbeigeführte Weltwirtschaftskrise und die Entwertung der Mark durch Reparationsanforderungen und erklärte, es sei unmöglich, ein 60-Millardenmark als Käufer auf dem Weltmarkt auszuhalten — was durch die Entwertung der Mark geschehe —, ohne daß die Volkswirtschaft der Gläubigerstaaten dabei sehr zu Grunde gehe. Der Kanzler schloß mit einem Appell zur inneren Einigkeit, die aus der Verantwortung freimachtig herausgebaut werden müsse. (W. Z. B.)

Reichskanzler Dr. Brüning ist heute nach Baden abgereist, wo am Sonntag die Landtagssitzungen stattfinden. Bekanntlich ist Dr. Brüning bisheriger Landtagsabgeordneter.

Veröffentlichung der deutschen Proletknote.

(Wagner-Broschüre des Dresden „Nachrichten“.)
Breslau, 28. Okt. Der „Tagesschau“ meldet aus Paris: Der Protest der deutschen Regierung gegen die Entscheidung des Völkerbundes in Donnerstagabend durch eine Panasnote veröffentlicht worden mit dem Hinweis, daß die Alliierten sich ihre Stellungnahme zu dem deutschen Protest vorbehalten hätten.

Raub der deutschen Kunstschätze?

London, 28. Okt. (Reuter.) Auf die Anregung eines Abgeordneten im Unterhaus, die Alliierten sollten im Hin-

sicht auf die von Deutschland gemachten Schwierigkeiten, keine Reparationsleistungen zu leisten, der deutschen Regierung vorzuschlagen, deutsche Kunstschätze zu verkaufen, versprach Sir Robert Home, diese Anregung zur Kenntnis der Reparationskommission zu bringen. (W. Z. B.)

Stegerwald über die große Koalition.

Eine Lebensfrage des deutschen Volkes.

(Stadtmitteilung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 28. Okt. Der preussische Ministerpräsident Stegerwald erklärte dem Chefredakteur des „Deutschen“ u. a.: „In Preußen ist durch die Vorgänge im Reich die bisherige politische Regierungspolitik erschüttert. Die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die neue Regierung ist jetzt sowohl ein Gebot politischer Anstands, als auch der Staatsnotwendigkeit. Der Sozialdemokratie kann nicht zugemutet werden, im Reich in allen entscheidenden Stunden in die Bresche zu springen, in der ersten Bundesstaaten dagegen von der unmittelbaren Mitwirkung an den Staatsgeschäften ausgeschlossen zu bleiben. Wir stehen zudem vor einem sehr schlimmen Winter und vielleicht vor einem noch schlimmeren Frühling. Unter diesen Umständen wird die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die neue Regierung bald erfolgen müssen. Auf die Frage, ob jetzt nicht der Gedanke der großen Koalition unmaßlich sei, erwiderte Stegerwald: Dafür habe ich nur ein entscheidendes Nein. Die große Koalition kommt, weil sie kommen muß. Der Herbsttag steht in den nächsten Monaten vor Aufgaben von solcher Schwere und Tragweite, wie sie wohl noch keinem Parlament der Welt gestellt gewesen sind. Der Reichstag muß mindestens 50 bis 60 Milliarden Papiermark an Steuern schaffen. Deutschland muß alle Überhaupt nur möglichen Steuerquellen bis zur Beere ausschöpfen, sonst läßt keine Verminderung der Inflations, keine Besserung des Marktwertes keine Revision der Reparationsleistungen erwartbar. Steuern, die sowohl Volk wie Verbranch auf das allerhöchste belasten, sind aber nur mit starken Mehrheiten durchführbar. In den letzten Jahren haben wir mit den überhöhten Ertragslöhnen die ausländischen Lebensmittelpreise. Somit will Deutschland heute die Belastung? Unsere eigenen Erzeugnisse reichen nach allen bisherigen Erfahrungen höchstens bis zum Winter, nicht bis zur neuen Ernte. Wovon soll das deutsche Volk in der Zeit leben? Wenn man zu wählen hat, zwischen einer Koalitionsverbreitung durch zwei Parteien, die einander wenig freundlich sind, und der Vereinerung eines großen Teiles des deutschen Volkes, dann kann keinem wahren Vaterlands- und Deutschentum die Wahl schwer fallen. So steht es aber um das deutsche Volk. Diese harten Tatsachen zwingen den Reichstag an einer festen Steuerergemeinschaft. Die große Koalition ist eine deutsche Lebensfrage.“

Die Aussichten für Washington.

Man würde die bevorstehende große Konferenz in Washington völlig falsch einschätzen, wenn man sie lediglich nach dem Namen beurteilen wollte, mit dem sie gewöhnlich bezeichnet zu werden pflegt: die Abrüstungskonferenz. Gewiß soll der Gedanke und das Ziel der internationalen Abrüstung auch gegenwärtig noch eines der Hauptthemen sein, die auf dieser Konferenz zur Behandlung gelangen, so wie es der amerikanische Senator Brandegee ursprünglich plante, als er die Anregung zur Befestigung internationaler Streitigkeiten auf dem Wege des Schiedsgerichtshofes und zu einer allgemeinen Abrüstung gab. Aber neben diesen Gedanken sind mit der Zeit eine Reihe anderer Ziele getreten, die zu ihm in enger Beziehung stehen und ohne deren gleichzeitige Lösung die Arbeit der Abrüstungskonferenz nur Stückwerk bleiben müßte. Die Befestigung der Abrüstungsmaschinen in der Welt hat nur dann einen Zweck, wenn mit ihnen zusammen die Urursachen entfernt, die Spannungen weckt, die Kampfobjekte zwischen den einzelnen Völkern friedlich verteilt werden, um derenwillen Armeen und Schlachtflotten unterhalten werden. Gelingt es nicht, diese Vorarbeiten befriedigend zu erledigen, dann hat jede Abrüstungsbeschränkung oder auch jede völlige Abrüstung nur formellen Wert. Spricht doch die Kriegserfahrung dafür, daß selbst ein so unmillitärisches Land, wie es die Vereinigten Staaten vor 1914 waren, in Dreivierteljahrfrist eine Millionarmee mit allen modernen Kampfmethoden aus dem Boden kompromittieren kann, wenn ihm die nötigen finanziellen und materiellen Hilfsmittel zu Gebote stehen. Soll also die geplante Abrüstungskonferenz wirklich brauchbare Resultate erheben, dann muß sie einen wesentlichen Teil ihrer Vorbereitungsarbeit der Schaffung der nötigen Vorbedingungen oder, wie ein bekannter amerikanischer Politiker sich äußert, der „reinen Atmosphäre“ widmen. Diese Erkenntnis hat den Präsidenten Harding, noch ehe er die Einladungen zur Konferenz in die Welt geschickt, dazu veranlaßt, eine Reihe anderer Punkte auf das Programm der Vorgespräche zu setzen, zu denen mit Bestimmtheit die Fragen des Fernen Ostens und der Nachverteikung im pazifischen Ozean gehören. Gerichte besagen auch Harding's anhänglicher Widerstand gegen eine Erweiterung der internationalen Abrüstung sei abgemunden, so daß mit einer Behandlung auch dieser Angelegenheit zu rechnen sei. Soviel ist jedenfalls sicher, daß diese und noch manche andere Frage in das Beratungsprogramm hineingehören, wenn es den Großmächten wirklich auf eine Stabilisierung der Weltverhältnisse und auf die Vereinerung einer moralischen und materiellen Basis ankommt, von der die allgemeinen Abrüstung ausgehen kann. Vom Ernst dieses Vorhabens kann aber kein noch so ungläubiges Beratungsprogramm, können noch so ungehörige Verhandlungen nicht überzeugen, wenn ihnen nicht praktische Beweise in der Haltung der Völker und ihrer Regierungen zu neuen wichtigen Tritten zur Seite stehen. Solche Beweise können aber auch nun und nimmer durch den Mehrheitsbeschluss einer Konferenz gewonnen werden: entweder sie sind vorhanden als die Produkte eines abräumungsberaten Willens der Völker, schon ehe die Konferenz beginnt, oder sie sind es nicht, und dann besteht die Gefahr, daß die ganze Konferenz sich als ein wertloser Streit um Probleme offenbart, deren Erfüllung in keinem der Völker liegt. Galt man nun unter diesem Gesichtspunkt, Umbau in der Welt, so muß man allerdings die eigenwilligen Erfahrungen machen, und der Wert der Washingtoner Besprechungen hängt von vornherein davon.

Um es sofort zu sagen: Beweise wirklicher Abrüstungs-bereitschaft, die eine günstige Voraussetzung für Washington gestatteten, gibt es in keinem Lande Amerikas oder Europas. Die Abrüstungsverringern einzelner Staaten, soweit sie sich in Zahlen ausdrücken lassen, sind zeitlich beschränkt und einseitige Erscheinungen. Gewiß hat man in England und Amerika einige hunderttausend Mann entlassen, in Frankreich ein paar Jahrgänge vorübergehend beurlaubt, aber während man hier einige Spezialtruppen des Landheeres um etwas verringert, fördert man dort mit allen Kräften den Ausbau der ungeheuren Flotten; an eine tatsächliche Abrüstung denkt man nicht. Alle gegenseitigen Behauptungen sind Sensationsmeldungen, die den milden friedlichen Geist des einen oder anderen Landes vor den Augen der Welt in strahlendes Licht setzen sollen. Einen Einblick in den wahren Sachverhalt gewinnt man schon dadurch, daß man die Haltung der Weltmächte zu den großen oben genannten Vorkragen betrachtet. Da ist das Problem des Fernen Ostens, das mit dem des Pazifischen Ozeans zusammen als der Kernstreitpunkt der amerikanisch-japanisch-englischen Interessen besetzt zu werden pflegt.

Bekanntlich reißen sich die drei großen Mächte darum, in den erst vor ihrer Erschließung stehenden Gebieten Ozean wirtschaftlich ihren Einfluß geltend zu machen. Einmal diesem Ziele dient der Wettlauf ihrer maritimen Rüstungen, der von Monat zu Monat die Gefahr eines Waffenenganges in immer greifbarere Nähe rückt. Es würde zu weit führen, auch nur die letzten Phasen dieser Entwicklung näher zu beleuchten; nur daß sei in Erinnerung gerufen, daß der Ausbau der Kriegsschiffe nach dem Krieg wohlwunderlichste Kreise bereits 1924 eine solche Vervollständigung erfahren haben wird, daß die gegenseitige Konkurrenz unbedingt an-

Kaiser Karl verweigert den Thronverzicht

Wien, 28. Okt. Aus Budapest liegen Meldungen vor, daß sich Kaiser Karl gegenüber dem Delegierten der ungarischen Regierung Minister v. Szász, der ihn ansuchte und zum Thronverzicht aufforderte, geweigert hat, diesen Thronverzicht anzunehmen.

Die Haltung Englands.

London, 28. Okt. Reuter erklärt, daß im Foreign Office von einem Ultimatum der Entente an Ungarn nichts bekannt sei. Man ist durchaus der Ansicht, daß der normale Kaiser Karl entweder abdanken oder offiziell entsetzt werden muß. In dieser Hinsicht stimmen die Große und die Kleine Entente überein. Die englische Ansicht geht dahin, daß für ein Ultimatum keine Notwendigkeit besteht, da die Gesamtkonferenz auf festlichem Wege gelöst werden kann. Man ist der Meinung, daß der Friedensvertrag aufrechterhalten werden muß und daß eine finanzielle oder territoriale Kompensation auf Kosten Ungarns mit dem Friedensvertrage nicht vereinbar sein würde. (W. Z. B.)

Was, 28. Okt. Die „Lageschau“ meldet aus Belgrad:

Das angelegte Ultimatum wurde gestern nach Prag und Budapest gesandt. Deutsche erwarteten man in Belgrad die endgültige Redaktion von den beiden interessierten Staaten. Auf Grund der jugoslawischen Verfassung muß aber auch die Nationalversammlung das Ultimatum annehmen. Zu diesem Zwecke wird für Sonntag, dem 29. d. M., eine Sitzung einberufen. (W. Z. B.)

Jahrestag der tschechischen Republik.

Präsident Masaryk über die tschechische Politik.

Prag, 28. Okt. Anlässlich des dritten Jahrestages der Ausrufung der tschechisch-slowakischen Republik empfing heute Präsident Masaryk das diplomatische Korps und führte dabei u. a. aus: „Das Problem, das uns der Krieg hinterlassen hat, ist zum größten Teil ein mittlereuropäisches. Für uns ist es selbstverständlich, daß wir im Einvernehmen mit der Entente arbeiten und darin fortfahren werden. Ich habe schon wiederholt erklärt, daß es sich bei uns darum handelt, die Autorität der Entente für Europa zu erhalten. Das unvornehme und unwürdige Vorgehen des Exaltierten beweist dem politischen Menschen, daß die monarchistisch-faschistische Bewegung vom politischen Gesichtspunkt aus wohl ist und daß die politischen Mägiener Karls die politische Lage in Mitteleuropa mißverhanden haben. Seine monarchistischen Anhänger sollten nunmehr begreifen, daß der Kaiser nicht allein seine Person, sondern

das Prinzip des Monarchismus kompromittiert hat. Wer sich den Habsburgern nähert, stirbt daran.“

In Beantwortung der Glückwünsche des Kammerpräsidenten Tomasek sagte Präsident Masaryk u. a.: „Wir haben gegenüber Magyaren keine Eroberungspläne, müssen aber darauf bestehen, daß die ungarische Regierung endlich mit ihren Zweideutigkeiten aufhöre. Wir beüben auf den Friedensverträgen und verlangen deren locale Durchführung. Die Mobilisierung bedeutet noch nicht den Krieg, ist aber eine große Belastungsprobe.“ Gegenüber dem Ministerpräsidenten Dr. Benes bemerkte der Präsident, daß der Verlauf der großen diplomatischen Aktion und der Mobilisierung, die im ganzen ruhig und in Ordnung vor sich gehe, ein oßenkundiger Beweis der inneren Konsolidierung der Republik sei.

Ein ungarisch-österreichischer Grenzzwischenfall.

Pressburg, 28. Okt. Bei Stittke, nahe der Grenze, überschritt eine ungarische Bande von 13 Mann zweimal auf die tschechisch-slowakische Amtsgrenzlinie. Verhaftet wurde niemand. (W. Z. B.)

Der Vatikan für Kaiser Karl.

Wien, 28. Okt. Nach der christlich-sozialen „Reichspost“ beabsichtigt der Vatikan einen Protest für den Kaiser, daß über Kaiser Karl alle harte Verbindungsbestimmungen getroffen würden. Der Papst sehe sich zu diesem Schritt durch den Umstand veranlaßt, daß der Kaiser ein katholischer Monarch sei und bei seiner Krönung zum König von Ungarn durch den Kardinalprimas von Ungarn namens des Papstes gesalbt wurde.

Prag, 27. Okt. Blättermeldungen zufolge ist der Karlsrufer Prinz Ludwig Windischgrätz an der tschechischen Grenze verhaftet und nach Prag gebracht worden. (W. Z. B.)

Die englisch-irischen Verhandlungen.

London, 28. Okt. Im Unterhaus stellte Lord George mit, daß die Konferenz mit den Sinesierendelegierten weitergehe. Er sagt, es sei klar, daß eine Gruppe von Mitgliedern des Unterhauses ernste Bestürzungen wegen der augenblicklich zwischen den Vertretern der britischen Regierung und den Sinesiern geführten Verhandlungen haben und daß daher die Regierung ihnen müsse, woran sie sei. Keine Regierung könne beratliche Verhandlungen führen, wenn sie nicht wisse, daß sie dabei die Unterstützung des Hauses hinter sich habe. Die Regierung beobachtet daher, am Montag eine Fraktion über eine dieselbige Entscheidung, sowie eine namentliche Abstimmung stattfinden zu lassen.

